

Othmar Karas

# Die europäische Demokratie

Grenzen und Möglichkeiten  
des Europäischen Parlaments

VERLAG  
ÖSTERREICH



Berliner  
Wissenschafts-Verlag

## Vorwort

---

Die beiden Zitate, die auf Seite V platziert sind,<sup>1</sup> stammen von zwei Gründungsvätern: Kelsen als jener der österreichischen Bundesverfassung, Schuman als jener, dessen Erklärung am 9. Mai 1950 die Gründung der heutigen EU in die Wege leitete. Beide vermitteln uns die Erkenntnis, dass weder die Demokratie noch die EU statisch sind, sondern täglich auf das Neue weiterentwickelt werden müssen. Jede Bürgerin und jeder Bürger ist Teil dieses Prozesses. Die beiden Zitate dienen als Motto für die vorliegende Arbeit. Gerne hätte ich noch Obamas „Yes, we can“ oder Merkels „Wir schaffen das“ hinzugefügt, weil beide eine mutmachende Selbstverständlichkeit zum Ausdruck brachten. Nämlich die, vor den Problemen, Krisen, Herausforderungen nicht kapitulieren zu wollen und nicht davonzulaufen. Wichtig sind die Auseinandersetzung, der Diskurs, die Bildung, die Handlungen und die Solidarität.

Es stand für mich daher auch nie zur Diskussion, das Dissertationsstudium trotz der vielfältigen beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten erfolgreich abzuschließen. Der Entschluss reifte, weil sich die Angebote, an Universitäten Lehraufträge zu übernehmen sowie an Publikationen mitzuarbeiten, häuften. Gleichzeitig beschäftigte mich die europäische Demokratie und ihre Zukunft sowie der Widerspruch zwischen der Arbeit für Österreich und Europa in der EU und die gefühlte Wirklichkeit daheim immerzu. Die vorliegende Arbeit wurde gewissermaßen in einem Zeitraum der Extreme gedacht, erarbeitet und geschrieben.

Aus der beabsichtigten Aufbruchstimmung durch den Grundrechte- und Verfassungs-Konvent wurde durch die beiden negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und die Flüchtlingsströme 2015 eine tiefgehende Vertrauenskrise.

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu *Kelsen*, Hans (1920), *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 30 und *EU* (o.J.), Schuman-Erklärung: 9. Mai 1950, Internet: [https://europa.eu/european-union/about-eu/symbols/europe-day/schuman-declaration\\_de](https://europa.eu/european-union/about-eu/symbols/europe-day/schuman-declaration_de) (Zugriff: 11.10.2017).

Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 wollte ich nicht mehr locker lassen und nahm mir vor, im Jahr des 60. Geburtstages der Römischen Verträge und als Beitrag für die Debatte über die Zukunft der EU die Dissertation abzuschließen.

Derzeit gibt es einerseits berechtigten Grund zu realistischem Optimismus – die Arbeitslosigkeit in der EU sinkt in allen Mitgliedstaaten, die Wachstumsraten steigen in Zehntelprozent in allen Mitgliedstaaten, Griechenland wird 2018 auf den Kapitalmarkt zurückkehren, in Paris wurde das Klimaabkommen unterzeichnet. Andererseits nehmen in einem noch schnelleren Zeitraffer „weltweit Aggressionen, Anfeindungen und Abwertungen zu, auch in (noch) gefestigten Demokratien“,<sup>2</sup> wie innerhalb der EU oder den USA. In seinem Leitartikel „Spalten ist leicht, wer aber führt zusammen?“ spricht mir der Journalist Helmut Brandstetter aus der Seele, wenn er an „Politiker, die Verantwortung spüren“<sup>3</sup> appelliert, zu „vermeiden, noch mehr Emotionen ins Volk zu bringen.“<sup>4</sup> Wobei auch Mehrheiten spalten können und nicht automatisch richtig liegen müssen.

Der Aufruf Brandstetters richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger und spricht vor allem die Berufsgruppen an, die Verantwortung für andere Menschen tragen, bei denen Wort und Schrift die wichtigsten Instrumente ihrer beruflichen Tätigkeit sind. Das heißt nicht, dass Fakten verschwiegen, Gefahren verharmlost, Ängste negiert werden dürfen oder sollen. Im Gegenteil, es geht um den Umgang mit ihnen und darum, den Erfolgen, Hoffnungen, Ursachen und Auswirkungen, Leistungen und Einrichtungen ebenfalls genügend Platz einzuräumen. Niemand ist von seiner Profession wegen mehr berufen und verpflichtet, sich den Spannungsfeldern in der Auseinandersetzung mit belegbaren Fakten zu stellen, als die Wissenschaft. Information schafft Bewusstsein, Information ist die Grundlage für das Ziehen von Schlussfolgerungen. Wie oft bekommen die Leserinnen und Leser dieser Dissertation und ich die Antwort „Wenn ich das gewusst

---

<sup>2</sup> Brandstetter, Helmut (2017), Spalten ist leicht, wer aber führt zusammen?, in: *kurier.at*, 20.08.2017, Internet: <https://kurier.at/meinung/kommentare/innenpolitik/spalten-ist-leicht-wer-aber-fuehrt-zusammen/281.471.042> (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>3</sup> Brandstetter, Helmut (2017), Spalten ist leicht, wer aber führt zusammen?, in: *kurier.at*, 20.08.2017, Internet: <https://kurier.at/meinung/kommentare/innenpolitik/spalten-ist-leicht-wer-aber-fuehrt-zusammen/281.471.042> (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>4</sup> Brandstetter, Helmut (2017), Spalten ist leicht, wer aber führt zusammen?, in: *kurier.at*, 20.08.2017, Internet: <https://kurier.at/meinung/kommentare/innenpolitik/spalten-ist-leicht-wer-aber-fuehrt-zusammen/281.471.042> (Zugriff: 11.10.2017).

hätte!“ zu hören? Ich hoffe, dass es Ihnen beim Lesen meiner Dissertation genauso geht und die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung und die Beschäftigung mit Theorien, Thesen sowie Methoden neue Einsichten eröffnet.

Der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas macht in seinem Essay „Zur Verfassung Europas“ zum Beispiel eine neue Türe auf. Während die einen gern über den Zerfall der EU<sup>5</sup> schreiben oder das Projekt „Europa am Ende“<sup>6</sup> sehen wollen, entwickelt Habermas „ein neues überzeugendes Narrativ [...]. Die Europäische Union lässt sich als entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer politisch verfassten Weltgesellschaft begreifen.“<sup>7</sup> Ja, aber davor müsste sich die EU selbst dazu in die Lage versetzen, zum Sprecher des Kontinents in der Welt zu werden. Haben wir die Bereitschaft dazu? Welches Selbstbild von uns bestimmt den öffentlichen Diskurs?

„Schreckensszenarien, Pessimismus, Hilflosigkeit. Schlimm scheint es um unsere Welt zu stehen. Werden wir zu Opfern dieser schleichenden Depression?“<sup>8</sup> so Cecily Corti, die sich in Wien für Obdachlose engagiert. Der Journalist und Autor Georg Diez behauptet, dass unserer Gesellschaft das positive Selbstbild fehle:

„Sehr viele Menschen [...] wissen gerade nicht genau, wer sie sind oder wer sie sein wollen. Sie wissen nur, wer sie nicht sein wollen. Oder wen sie nicht dabeihaben wollen. Wer nicht dazu gehört. Wer fremd ist. Wer stört. Sie formen ein Bild von sich selbst, von ihrem Leben und ihrem Land, indem sie andere stigmatisieren, ablehnen, ausgrenzen.“<sup>9</sup>

<sup>5</sup> Vgl. dazu die seit 2015 existierende Beitragsreihe der Frankfurter Allgemeinen zum Thema „Zerfällt Europa?“ [*Frankfurter Allgemeine* (o.J.), Zerfällt Europa?, Internet: <http://www.faz.net/aktuell/politik/zerfaellt-europa/> (Zugriff: 11.10.2017)].

<sup>6</sup> Karas, Othmar/Hans Winkler (Hg.) (2017), *Europa am Ende? Zwei Meinungen*, Graz: Leykam Buchverlag. Siehe dazu insbesondere den Beitrag von Hans Winkler. [Winkler, Hans (2017), *EU: Änderung oder Untergang?*, in: Karas, Othmar/Hans Winkler (Hg.), *Europa am Ende? Zwei Meinungen*, Graz: Leykam Buchverlag, 63-112].

<sup>7</sup> Habermas, Jürgen (2012), *Zur Verfassung Europas: Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp Verlag, 39 f., mwN.

<sup>8</sup> Corti, Cecily (2017), *Alles Leben ist Begegnung*, in: *Mittendrin: Aktuelles aus der VinziRast-Familie*, Internet: [https://www.vinzirast.at/fileadmin/user\\_upload/MITTENDRIN-Archiv/MITTENDRIN\\_2017\\_1\\_Alles\\_Leben\\_ist\\_Begegnung.pdf](https://www.vinzirast.at/fileadmin/user_upload/MITTENDRIN-Archiv/MITTENDRIN_2017_1_Alles_Leben_ist_Begegnung.pdf) (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>9</sup> Diez, Georg (2016), *Boten der Zukunft*, in: Welzer, Harald/Alexander Carius/Andre Wilkens (Hg.), *Die offene Gesellschaft und ihre Freunde: Welches Land wollen wir sein?*, Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch, 13.

Dies alles ist schon einmal dagewesen. Ein Blick in die „jüngere“ Geschichte genügt, um Facetten der Ausgrenzung, die zu gewaltsamen Teilungen, einem falsch verstandenen Patriotismus bis hin zu einem zerstörerischen Nationalismus und neuen – auch militärischen – Konflikten führten und führen, zu finden: 1867 die Begründung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, die Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand, der Beginn des Ersten Weltkriegs, der Friedensvertrag von St. Germain, in dem viele die Grundlage für den Zweiten Weltkrieg sehen, der Börsencrash 1929, der österreichische Ständestaat, der Nationalsozialismus, der Aufstieg Hitlers, der Zweite Weltkrieg, die Teilung Europas in Ost und West. All diese Beispiele zeugen von Krisen und Konflikten, die nicht aus heiterem Himmel entstanden sind, sondern durch politische Fehler befeuert wurden. Das gleiche gilt auch heute für die Entwicklung in Russland bzw. auf der Krim, in Ungarn, Polen, beim Brexit und im Falle des „Unabhängigkeitsreferendums“ in Katalonien.

Für mich sind daher nicht die gegenwärtigen Krisen, Herausforderungen, Schreckensszenarien unser Problem, sondern der Umgang mit ihnen. Auswirkungen auf die europäische Demokratie sind bereits spürbar. Obwohl 54 % der Österreicherinnen und Österreicher der Aussage, dass die „Demokratie [...] die beste Regierungsform [ist], auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“,<sup>10</sup> voll zustimmen, sank dieser Prozentsatz in den letzten zehn Jahren von 62 % auf 54 %.

Nahezu bei jedem vom „Bürgerforum Europa“<sup>11</sup> organisierten „Bürgerstammtisch Europa“ werde ich mit dem Vorwurf konfrontiert, dass „die in Brüssel“, „die Kommission“ ständig „über uns drüberfahren“, aber auch „ihr im Parlament“. „Fragt uns doch!“ Dieses Grundgefühl bezieht sich nicht nur auf die EU. Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Österreich ist laut einer SORA-Studie in den letzten zehn Jahren, also vor den „Krisen“ der EU, von 12 % („sehr zufrieden“) auf 8 % und von 32 % („zu-

---

<sup>10</sup> SORA/Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung von Zeitgeschichte (2017), NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich, Internet: [http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2017\\_SORA-Praesentation\\_Demokratiebewusstsein.pdf](http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2017_SORA-Praesentation_Demokratiebewusstsein.pdf) (Zugriff: 11.10.2017), 6.

<sup>11</sup> Das Bürgerforum Europa ist ein „überparteiliches Forum der Bürgerinnen und Bürger Europas, in dem konkrete Herausforderungen und Perspektiven des europäischen Prozesses diskutiert und konkretisiert werden, um dann in den politischen Prozess einfließen zu können.“ [*BürgerInnen Forum Europa* (2016), Über uns, Internet: <http://www.buergerforum-europa.eu/ueber-uns/> (Zugriff: 11.10.2017)].

frieden“) auf 24 % gesunken.<sup>12</sup> Gestiegen ist seit 2007 der Eindruck, keine Mitsprache zu haben, und zwar von 26 % („stimme voll zu“) auf 33 %.<sup>13</sup> Ein positiveres Bild zeichnen die Standard-Eurobarometer-Umfragen: Mit der Demokratie in Österreich „sehr zufrieden“ zeigten sich im Frühjahr 2017 16 %, was einen Anstieg von drei Prozentpunkten im Vergleich zu Herbst 2016 bedeutet. Eine deutliche Mehrheit (53 %) gab im Frühjahr 2017 an, sie sei „ziemlich zufrieden“ mit der österreichischen Demokratie. Bei dieser Antwortoption war ein Anstieg von zwei Prozentpunkten im Vergleich zum Herbst 2016 zu vermerken.<sup>14</sup>

Die aktuelle Standard-Eurobarometer-Umfrage deutet darauf hin, dass die Krisenbewältigung zu einer Verbesserung der Gesamtbeurteilung führt. Die Forschungsfragen der vorliegenden Arbeit beziehen sich aber nicht auf das Jahr 2017. Diese Arbeit hat nicht den Schwerpunkt auf der Bewertung des Status quo, sondern auf der Entwicklung in den letzten zehn Jahren und den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen. In diesen zehn Jahren wurden die Europäische Union (EU) um drei neue Staaten (Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007 sowie Kroatien im Jahr 2013) erweitert, dadurch die Stabilitäts- und Demokratiezone mit all ihren Problemen vergrößert, die Europäische Bürgerinitiative eingeführt, der Zusammenhang zwischen „meiner“ Stimme bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) und der Nominierung des Kommissionspräsidenten hergestellt, die Charta der Grundrechte (GRC)<sup>15</sup> und der Lissabon-Vertrag<sup>16</sup> mit dem bisher größten Demokratieschub seit der ersten Direktwahl des EP 1979 beschlossen.

Warum befinden sich Österreich und die EU in einem so spürbaren Spannungsfeld zwischen gefühlter Stimmung und verifizierbaren Fakten? Wegen dieses Widerspruchs und dem verantwortungslosen Umgang von Regierungen, Parteien, Politikern und Medien mit ihm sind nachhaltige

---

<sup>12</sup> Vgl. *SORA/Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung von Zeitgeschichte* (2017), NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich, Internet: [http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2017\\_SORA-Präsentation\\_Demokratiebewusstsein.pdf](http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2017_SORA-Präsentation_Demokratiebewusstsein.pdf) (Zugriff: 11.10.2017), 8.

<sup>13</sup> Vgl. *SORA/Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung von Zeitgeschichte* (2017), NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich, Internet: [http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2017\\_SORA-Präsentation\\_Demokratiebewusstsein.pdf](http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2017_SORA-Präsentation_Demokratiebewusstsein.pdf) (Zugriff: 11.10.2017), 8.

<sup>14</sup> Vgl. *Europäische Kommission* (2017), Standard-Eurobarometer 87: Mai 2017: Die öffentliche Meinung in der europäischen Union, Anlage, Internet: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/79559> (Zugriff: 11.10.2017), 82.

<sup>15</sup> Vgl. ABl. 2007 C 303/1.

<sup>16</sup> Vgl. ABl. 2007 C 306/1.

Folgen für das europäische Projekt durchaus nicht undenkbar. Täglich werden neue Aktivitäten in den verschiedensten – leider nahezu allen – Mitgliedstaaten gesetzt, die nicht immer rechtlich, aber politisch der Idee Europa widersprechen und das europäische Projekt EU schwächen. Beispiele lieferte Ungarn<sup>17</sup> mit dem Hochschulgesetz vom 10. April 2017,<sup>18</sup> der NGO-Finanzierungsoffenlegung ausländischer Geldgeber<sup>19</sup> und den Bürgerbefragungen.<sup>20</sup>

Insbesondere die erste Bürgerbefragung sei hier kurz näher thematisiert: Der ungarische Ministerpräsident, Viktor Orbán, richtete im April 2017 ein Schreiben an alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger Ungarns, die auch Bürgerinnen und Bürger der EU sind – die nationale Staatsbürgerschaft begründet die Unionsbürgerschaft.<sup>21</sup> Übersetzt man das Schreiben auf Englisch, fordert Orbán darin klar „Let’s stop Brussels“ und

---

<sup>17</sup> Vgl. auch *Europäische Kommission* (2017), Pressemitteilung: EU-Kommission berät über Entwicklungen in Ungarn und entscheidet über die nächsten Schritte, 12.04.2017, Internet: [https://ec.europa.eu/germany/news/eu-kommission-ber%C3%A4t-%C3%BCber-entwicklungen-ungarn-und-entscheidet-%C3%BCber-die-n%C3%A4chsten-schritte\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-kommission-ber%C3%A4t-%C3%BCber-entwicklungen-ungarn-und-entscheidet-%C3%BCber-die-n%C3%A4chsten-schritte_de) (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>18</sup> *derStandard.at* (2017), Ungarns Staatschef unterzeichnete neues Hochschulgesetz, 10.04.2017, Internet: <http://derstandard.at/2000055715546/Ungarns-Staatschef-unterzeichnete-neues-Hochschulgesetz> (Zugriff: 11.10.2017) sowie *Barigazzi, Jacopo* (2017), Hungarian education minister defends controversial bill, in: *POLITICO*, 11.04.2017, Internet: <http://www.politico.eu/article/hungarian-education-minister-defends-controversial-bill/> (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>19</sup> *derStandard.at* (2017), Ungarn will NGOs zu Offenlegung von Auslands-Spenden zwingen, 08.02.2017, Internet: <http://derstandard.at/2000052338716/Ungarn-will-NGOs-zu-Offenlegung-von-Auslands-Spende-zwingen> (Zugriff: 11.10.2017) sowie *Baumann, Meret* (2017), Die Regierung Orban legt nach, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 10.04.2017, Internet: <https://www.nzz.ch/international/gesetz-gegen-ngo-in-ungarn-die-regierung-orban-legt-nach-ld.1085557> (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>20</sup> Vgl. *Orbán, Viktor* (2017), *Állítsuk meg Brüsszelt! Nemzeti Konzultáció 2017*; siehe auch *Cerulus, Laurens* (2017), Hungary’s, ‘Let’s stop Brussels!’ survey, in: *POLITICO*, 01.04.2017, Internet: <http://www.politico.eu/article/hungarys-lets-stop-brussels-survey/> (Zugriff: 11.10.2017) und *European Commission* (2017), Facts matter: European Commission responds to Hungarian National Consultation, Internet: [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/commission-answers-stop-brussels-consultation\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/commission-answers-stop-brussels-consultation_en.pdf) (Zugriff: 11.10.2017) sowie *KLEINE ZEITUNG* (2017), Ungarische Wähler werden zum „Soros-Plan“ befragt, 28.09.2017, Internet: <http://www.kleinezeitung.at/service/newsticker/5293814/Ungarische-Waehler-werden-zum-SorosPlan-befragt> (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>21</sup> Vgl. hierzu Art. 9 EUV (VvL) und Art. 20 AEUV, die die Unionsbürgerschaft definieren.

fürchtet die nationale Unabhängigkeit sowie die Sicherheit Ungarns durch Pläne aus Brüssel gefährdet. Mit sechs Suggestivfragen<sup>22</sup> werden die Bürgerinnen und Bürger gegen die EU aufgehetzt, absichtlich in die Irre geführt, aufgefordert, die Regierung zu bitten, das Heimatland gegenüber der EU, den Bürokraten in Brüssel zu schützen.

Eine derartige Vorgangsweise – vor allem eines Ministerpräsidenten eines EU-Mitgliedstaates auf dem Briefpapier der Regierung, in einem Land mit einer Zustimmungsrate zur EU von 61 %<sup>23</sup> – ist unverantwortlich. Es wird Stimmung gemacht gegen die EU, gegen Ausländer, gegen ausländisches Kapital in Ungarn, gegen den aus Ungarn stammenden Soros, und ein Doppelspiel, wie jenes, das zum Brexit geführt hat, zwischen Ungarn und der EU betrieben. Ungarn ist seit 1. Mai 2004 Vollmitglied der Europäischen Union. Durch den Schengen-Beitritt fielen damit die Grenzkontrollen offiziell am 21. Dezember 2007 weg. Ich war in diesen Stunden an der „Grenze“ unterwegs und feierte in Ungarn der Slowakei und in Österreich mit. Für die Nachbarn Österreichs war erst dadurch der EU-Beitritt vollzogen.

Die Befragung ist rechtlich zulässig, sie ist aber Ausdruck einer Geishaltung, die mit bewusstem, unbegründetem EU-bashing den schleichenden Nationalismus befeuert und die Stimmung gegen die, die „fremd“ sind, um Diez noch einmal zu zitieren,<sup>24</sup> schürt. Aber damit nicht genug: Ende September 2017 startete Orbán eine weitere Bürgerbefragung, die wieder gegen die EU, gegen Ausländer und gegen Soros gerichtet ist.<sup>25</sup>

<sup>22</sup> Vgl. Orbán, Viktor (2017), Állítsuk meg Brüsszelt! Nemzeti Konzultáció 2017 sowie Cerulus, Laurens (2017), Hungary's 'Let's stop Brussels!' survey, in: *POLITICO*, 01.04.2017, Internet: <http://www.politico.eu/article/hungarys-lets-stop-brussels-survey/> (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>23</sup> Vgl. *Pew Research Center* (2016), Euroskepticism Beyond Brexit: Significant opposition in key European countries to an ever closer EU, Internet: <http://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/2/2017/04/14094742/Pew-Research-Center-Brexit-Report-FINAL-June-7-2016.pdf> (Zugriff: 11.10.2017), 3.

<sup>24</sup> Diez, Georg (2016), Boten der Zukunft, in: *Welzer, Harald/Alexander Carius/Andre Wilkens* (Hg.), *Die offene Gesellschaft und ihre Freunde: Welches Land wollen wir sein?*, Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch, 13.

<sup>25</sup> Vgl. *KLEINE ZEITUNG* (2017), Ungarische Wähler werden zum „Soros-Plan“ befragt, 28.09.2017, Internet: <http://www.kleinezeitung.at/service/news-ticker/5293814/Ungarische-Waehler-werden-zum-SorosPlan-befragt> (Zugriff: 11.10.2017).

In dieses Verhaltensmuster passen die Brexit-Kampagne,<sup>26</sup> die Wahlkämpfe von Geert Wilders,<sup>27</sup>

---

<sup>26</sup> Vgl. beispielsweise ein Zitat von Boris Johnson, dem ehemaligen Londoner Bürgermeister: "Napoleon, Hitler, various people tried this ["attempts to unify Europe under a single government in order to recover the continent's lost 'golden age' under the Romans", Anm.] out, and it ends tragically, [...] [t]he EU is an attempt to do this by different methods." [Ross, Tim (2016), Boris Johnson: The EU wants a superstate, just as Hitler did, in: *The Telegraph*, 14.05.2016, Internet: <http://www.telegraph.co.uk/news/2016/05/14/boris-johnson-the-eu-wants-a-superstate-just-as-hitler-did/> (Zugriff: 11.10.2017)]. Nigel Farage (UK), ehemals Parteichef der United Kingdom Independent Party (Ukip), trat nach dem Brexit-Votum der Briten zurück. [Vgl. *Die Presse* (2016), Ukip-Chef Nigel Farage tritt nach Brexit-Sieg zurück, 04.07.2016, Internet: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/5042911/UkipChef-Nigel-Farage-tritt-nach-BrexitSieg-zurueck> (Zugriff: 11.10.2017)]. Siehe zur Brexit-Kampagne auch *Theurer*, Marcus (2016), Die Befreiung Europas von der EU, in: *Frankfurter Allgemeine*, 21.04.2016, Internet: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/brexit-kampagne-die-befreiung-europas-von-der-eu-14189746.html> (Zugriff: 11.10.2017) oder *Laczynski*, Michael (2016), Hugo Dixon: „Die Brexit-Kampagne war teuflisch clever“, in: *Die Presse*, 27.06.2016, Internet: [http://diepresse.com/home/ausland/eu/5035293/Hugo-Dixon\\_BrexitKampagne-war-teuflisch-clever](http://diepresse.com/home/ausland/eu/5035293/Hugo-Dixon_BrexitKampagne-war-teuflisch-clever) (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>27</sup> „Zuallererst sind wir kein souveräner Staat. Ich glaube, dass wir unsere nationale Souveränität an eine Institution abgegeben haben, die sich Europäische Union nennt. Ich liebe Europa, aber ich bin sehr gegen die Europäische Union. Zum Beispiel haben wir keine Handhabe mehr über unsere eigene Politik, wenn es um Immigration, Finanzen oder Banken geht“, so Wilders in einem Interview im Februar 2017. [Preiß, Markus (2017), Ängste schüren, Wahl gewinnen?, in: *tagesschau.de*, 10.02.2017, Internet: <https://www.tagesschau.de/kultur/interview-wilders-101.html> (Zugriff: 11.10.2017)]. Geert Wilders (NL) ist Chef der Partij voor de Vrijheid (PVV), die zwei Monate vor den Parlamentswahlen in den Niederlanden in Führung lag. Die Wahlen fanden im März 2017 statt. Die PVV erhielt 20 % und landete auf Rang 2. [Vgl. beispielsweise *Die Presse* (2017), Niederlande-Wahl: Für Europas Rechtspopulisten „ein Erfolg“, 16.03.2017, Internet: [http://diepresse.com/home/ausland/5184512/NiederlandeWahl\\_Fuer-Europas-Rechtspopulisten-ein-Erfolg](http://diepresse.com/home/ausland/5184512/NiederlandeWahl_Fuer-Europas-Rechtspopulisten-ein-Erfolg) (Zugriff: 11.10.2017); *Dobbert*, Steffen/Fabian *Federl*/Sybille *Klormann*/Camilla *Kobrs*/Matthias *Breitinger*/Tobias *Müller* (2017), Rutte feiert, Wilders auf Rang zwei, in: *ZEIT ONLINE*, 15.03.2017, Internet: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/wahl-in-den-niederlanden-live> (Zugriff: 11.10.2017); *Meeus*, Tom-Jan (2017), The Wilders effect, in: *POLITICO*, 08.02.2017, Internet: <http://www.politico.eu/article/the-geert-wilders-effect-dutch-politics-mark-rutte-elections/> (Zugriff: 11.10.2017); *Smolka*, Klaus Max (2017), Wilders rückt die Niederlande in den Blick, in: *Frankfurter Allgemeine*, 10.01.2017, Internet: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/wahl-in-zwei-monaten-wilders-rueckt-die-niederlande-in-den-blick-14611976.html> (Zugriff: 11.10.2017); *Die Presse* (2016), Auch Niederländer wollen über die EU-Mitgliedschaft abstimmen, 23.02.2016, Internet: <http://die>

Marine Le Pen,<sup>28</sup> Frauke Petry,<sup>29</sup> Heinz-Christian Strache,<sup>30</sup> aber auch

presse.com/home/politik/eu/4932104/Auch-Niederlaender-wollen-ueber-die-EUMitgliedschaft-abstimmen (Zugriff: 11.10.2017)].

<sup>28</sup> “I want to destroy the EU, not Europe! [...] The EU is deeply harmful, it is an anti-democratic monster. I want to prevent it from becoming fatter, from continuing to breathe, from grabbing everything with its paws and from extending its tentacles into all areas of our legislation”, so Le Pen in einem Interview. [von Robr, Mathieu (2014), ‘I Don’t Want this European Soviet Union’, in: *SPIEGEL ONLINE*, 03.06.2014, Internet: <http://www.spiegel.de/international/europe/interview-with-french-front-national-leader-marine-le-pen-a-972925.html> (Zugriff: 11.10.2017)]. Marine Le Pen (FR) kandidierte im Frühjahr 2017 bei den Präsidentschaftswahlen und versprach den Franzosen ein Referendum. Sie schaffte es in die zweite Runde, verlor dann aber am 7. Mai 2017 gegen Emmanuel Macron. Bei der Europawahl 2014 war Le Pen Partei, der Front National (FN), hingegen stärkste Kraft. [Vgl. *ORF.at* (2015), Blick auf Präsidentschaftswahl 2017, 21.03.2015, Internet: <http://orf.at/stories/2269374/2269376/> (Zugriff: 11.10.2017); *derStandard.at* (2017), Neuer Präsident Macron: „Werde Frankreich und Europa verteidigen“, 08.05.2017, Internet: <http://derstandard.at/2000057144134/Neuer-franzoesischer-Prasident-Macron-Werde-Frankreich-und-Europa-verteidigen> (Zugriff: 11.10.2017)].

<sup>29</sup> „Wir müssen die EU-Verträge komplett neu verhandeln. [...] Denn diese EU ist unserer Ansicht nach so nicht zu reformieren“, so Petry im Mai 2015. [Lachmann, Günther (2015), AfD-Spitzen wollen Deutschlands Euro-Ausstieg, in: *WeltN24*, 15.05.2015, Internet: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article140963502/AfD-Spitzen-wollen-Deutschlands-Euro-Ausstieg.html> (Zugriff: 11.10.2017)]. Frauke Petry (DE) ist Bundessprecherin der Alternative für Deutschland (AfD), verzichtete jedoch auf die Spitzenkandidatur bei der Bundestagswahl am 24. September 2017. [Vgl. *Streibhammer*, Jürgen (2017), Der tiefe Fall der Frauke Petry, in: *Die Presse*, 22.04.2017, Internet: <http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5205372/Der-tiefe-Fall-der-Frauke-Petry> (Zugriff: 11.10.2017); von *Altenbockum*, Jasper (2017), Petry wünscht ihrer Partei viel Glück, in: *Frankfurter Allgemeine*, 22.04.2017, Internet: <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/petry-erleidet-schwere-niederlagen-auf-parteitag-14983023.html> (Zugriff: 11.10.2017) sowie *AfD* (2017), Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Internet: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01\\_AfD-Bundestagswahlprogramm\\_Onlinefassung.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf) (Zugriff: 11.10.2017)].

<sup>30</sup> „Der Euro ist nicht mehr in Stein gemeißelt. Wir sehen ja, dass der Euro heute gescheitert ist“, so Strache in einem Interview im August 2012. [APA-OTS (2012), ÖSTERREICH: FP-Chef Strache fordert raschen Austritt aus dem Euro, 18.08.2012, Internet: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20120818\\_OTS0026/oesterreich-fp-chef-strache-fordert-raschen-austritt-aus-dem-euro](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120818_OTS0026/oesterreich-fp-chef-strache-fordert-raschen-austritt-aus-dem-euro) (Zugriff: 11.10.2017)]. Heinz-Christian Strache (AT) ist seit 23. April 2005 Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ). Er kandidierte als Spitzenkandidat bei der Nationalratswahl 2017 und lag in der Kanzlerfrage immer wieder an zweiter Stelle, nach Sebastian Kurz. [Vgl. *FPÖ* (o.J.), HC Strache, Internet: <https://www.fpoee.at/unser-team/die-fpoee/bundesparteiobmann/> (Zu-

Töne aus Polen.<sup>31</sup> Die Wortmeldungen von Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung zur Auszahlung der Familienbeihilfe<sup>32</sup> oder zum Umsiedlungsprogramm<sup>33</sup> entspringen der gleichen Geisteshaltung. Nicht nur die akademische, sondern vor allem die politische, mediale, öffentliche Auseinandersetzung mit dieser Geisteshaltung ist dringend geboten.

„Überall in Europa erstarken rechtspopulistische [und linkspopulistische, Anm.] und rechtsextreme [und linksextreme, Anm.] Parteien, Feinde der offenen Gesellschaft sitzen in den Parlamenten fast aller europäischer Länder, in manchen sogar in der Regierung, Ausgrenzungswünsche nehmen zu, und es breitet sich eine unangenehme Kul-

---

griff: 11.10.2017); *APA-OTS* (2017), ÖSTERREICH-Umfrage: Kurz baut Vorsprung aus, FPÖ klar Zweiter, Kern stürzt ab, 07.10.2017, Internet: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20171007\\_OTS0031/oesterreich-umfrage-kurz-baut-vorsprung-aus-fpoe-klar-zweiter-kern-stuerzt-ab](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171007_OTS0031/oesterreich-umfrage-kurz-baut-vorsprung-aus-fpoe-klar-zweiter-kern-stuerzt-ab) (Zugriff: 11.10.2017)].

<sup>31</sup> Vgl. beispielsweise ein Interview mit Kaczynski: *Schuller*, Konrad (2017), „Es gilt, dass Frau Merkel für uns das Beste wäre“, in: *Frankfurter Allgemeine*, 07.02.2017, Internet: [http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kaczynski-wuenscht-sich-fuer-polen-einen-sieg-merkels-14859766-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_1](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kaczynski-wuenscht-sich-fuer-polen-einen-sieg-merkels-14859766-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_1) (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>32</sup> „Ich bin dafür, die Familienbeihilfe für Kinder, die nicht mit den Eltern nach Österreich gekommen sind, auf das lokale Niveau in Bulgarien, Rumänien und Ungarn zu reduzieren“, so Christian Kern (SPÖ) im November 2016. [*ORF.at* (2016), Familienbeihilfe: Kern für Kürzung bei Kindern im Ausland, 19.11.2016, Internet: <http://orf.at/stories/2367417/> (Zugriff: 11.10.2017)]. Familienministerin Sophie Karmasin (ÖVP) äußerte sich zur Haltung der EU: „Despektierlich und arrogant“ findet [...] Karmasin [...] die Reaktion von EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen auf die Forderung, die Familienbeihilfe für Kinder im Ausland an die Lebenshaltungskosten anzupassen. „Es kann ja nicht sein, dass das ohne Verständnis für die österreichische Situation mit ‚Peanuts‘ abqualifiziert wird“, sagte Karmasin [...].“ [*Die Presse* (2016), Familienbeihilfe: Karmasin findet Haltung der EU „arrogant“, 15.12.2016, Internet: [http://diepresse.com/home/innenpolitik/5134455/Familienbeihilfe\\_Karmasin-findet-Haltung-der-EU-arrogant](http://diepresse.com/home/innenpolitik/5134455/Familienbeihilfe_Karmasin-findet-Haltung-der-EU-arrogant) (Zugriff: 11.10.2017)].

<sup>33</sup> Siehe beispielsweise den Briefwechsel zwischen Christian Kern und Jean-Claude Juncker im Frühjahr 2017, in dem ersterer um eine verlängerte Aussetzung der Pflicht Österreichs bat, den Umsiedlungsbeschluss umzusetzen. [*Völker*, Michael/Conrad *Seidl* (2017), Kern-Brief: „Beteiligung Österreichs an Umsiedlung nicht gerechtfertigt“, in: *derStandard.at*, 28.03.2017, Internet: <http://derstandard.at/2000055017148/Kern-Brief-Beteiligung-Oesterreichs-an-der-Umsiedlung-nicht-gerechtfertigt> (Zugriff: 11.10.2017) und *kurier.at* (2017), Flüchtlingsumverteilung: Juncker erteilt Kern Absage, 05.04.2017, Internet: <https://kurier.at/politik/inland/fluechtlings-umverteilung-junckers-absage-nach-kern-brief/> 256.519.752 (Zugriff: 11.10.2017)]. Neben dem EU-Programm zur Umsiedlung (Relocation) gibt es auch das EU-Programm der Neuansiedlung (Resettlement). Siehe dazu eingehender unter 3.2.2.1.1.2. und 3.2.2.1.1.3.

tur des Hasses in Verhalten und Begriffen aus, die zunehmend auch die Mehrheitsgesellschaft infiltriert.“<sup>34</sup>

Ich war und bin mir aber sicher, dass die Mehrheit der Menschen das „verbrecherische 20. Jahrhundert“<sup>35</sup> losgelassen hat. Sie beginnt, die Vorteile einer offenen Gesellschaft,<sup>36</sup> das heißt Freiheit, Demokratie, Recht und Marktwirtschaft zu schätzen, die Chancen des Falls der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhangs zu nützen und die Vorteile der organisierten Zusammenarbeit von Staaten im Europarat<sup>37</sup> sowie der Europäischen Union zu erkennen, aber oft auch als zu selbstverständlich zu empfinden. Die Geschichte und tägliche Beispiele lehren und ermahnen, wachsam zu bleiben und Freiheit, Demokratie sowie Menschenwürde täglich aufs Neue erringen zu wollen.

Und trotzdem

„erwischt sie [zu viele, Anm.] eine kalte Hand doch noch am Bein und zerrt sie zurück zu Nationalismus, Fanatismus, religiösem Wahn. Die Zukunft ist abgeschafft, so scheint es manchmal, und mit der Zukunft ein Blick auf die eigene Gegenwart, der anders ist als eng und angstbesetzt.“<sup>38</sup>

In diesem Sinne auch Hans Winkler in einem Gastkommentar:

„Der Weg zu einer ‚immer engeren Union‘, wie der ominöse Satz im Lissabon-Vertrag lautet, hat sich jedenfalls erledigt. Vollends ins Reich der Träumereien gehört die Idee, aus der Wirtschaftsunion eine ‚Sozialunion‘ zu machen, durch die dann das Geld verpulvert wird, das unter den Bedingungen der Globalisierung mühsam genug verdient werden muss.“<sup>39</sup>

<sup>34</sup> Welzer, Harald/Alexander Carius/Andre Wilkens (Hg.) (2016), Die offene Gesellschaft und ihre Freunde, Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch, 7.

<sup>35</sup> Diez, Georg (2016), Boten der Zukunft, in: Welzer, Harald/Alexander Carius/Andre Wilkens (Hg.), Die offene Gesellschaft und ihre Freunde, Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch, 14.

<sup>36</sup> Vgl. dazu Welzer, Harald/Alexander Carius/Andre Wilkens (Hg.) (2016), Die offene Gesellschaft und ihre Freunde, Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch.

<sup>37</sup> Der Europarat wurde 1949 gegründet und hat heute 47 Mitgliedstaaten, darunter alle 28 Mitgliedstaaten der EU. Näheres unter *Europarat* (2017), Wer wir sind, Internet: <http://www.coe.int/de/web/about-us> (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>38</sup> Diez, Georg (2016), Boten der Zukunft, in: Welzer, Harald/Alexander Carius/Andre Wilkens (Hg.), Die offene Gesellschaft und ihre Freunde, Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch, 14.

<sup>39</sup> Winkler, Hans (2016), Was von der EU bleiben muss – und was nicht, in: *Die*

Da tönt in meinen Ohren Ingeborg Bachmann: „Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler.“<sup>40</sup> Helmut Kohl fragt, ob wir vergessen haben,

„wo die Welt 1945 stand und wie viel Glück wir in [...] Europa seitdem – natürlich auch, aber eben nicht nur durch eigene Anstrengung – erfahren haben? [...] Sind wir alle verrückt geworden, haben wir den Verstand verloren – und unsere Verantwortung gleich mit?“<sup>41</sup>

Hätten wir aus der Geschichte ausreichend gelernt und uns mit den Ursachen der Fehlentwicklungen nachhaltig genug auseinandergesetzt und mit dem Gründungsauftrag, dann dürfte verantwortliche Politik die EU nicht abschaffen wollen, sondern sie mutig weiterentwickeln.

Ich bin verleitet, den Diskurs über gesellschaftliche und geopolitische Entwicklungen in Österreich, Europa und der Welt und ihre (künftigen) Auswirkungen auf die Europäische Union, auf Politik und Medien, auf das tägliche wirtschaftliche, soziale Leben der Menschen, sowie die Abhängigkeiten voneinander fortzusetzen. Das würde aber den Rahmen einer Dissertation sprengen und die wissenschaftlichen Erfordernisse nicht erfüllen. Trotzdem bin ich mir ganz sicher, dass wir Bürgerinnen und Bürger Europas uns dieser Diskussion, die zur ehrlichen, offenen Auseinandersetzung werden muss, jetzt offensiver stellen müssen. Zu lange wurde aus Feigheit, Bequemlichkeit, wahltaktischen Überlegungen, Meinungsumfragen, Stimmungen, Kleingeistigkeit, Kurzsichtigkeit, Geschichtsvergessenheit geschwiegen. Aber: Es ist nie zu spät, neu anzufangen und es besser zu machen.

Diesen fehlenden Diskurs und die unterschiedlichen, oben angesprochenen Herausforderungen nehme ich als Mitglied des Europäischen Parlaments und als Sprecher des Bürgerforum Europa täglich wahr. Viele sind in Anbetracht der geopolitisch wahrnehmbaren Spannungen verunsichert, fühlen sich allein gelassen und sehen die EU in der Pflicht, Lösungen zu finden. Sie haben recht. Aber die EU sind wir alle, nicht nur „die in Brüssel“. Die Mitgliedstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger sind der Souverän. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind ihre direkt gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten. Ich möchte es nochmal erwähnen: Die Staatsbürgerschaft begründet die Unionsbürgerschaft. Wir sind Teil der europäischen Demokratie. Das Europäische Parlament ist

---

*Presse*, 04.10.2016, Internet: <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/5095802/Was-von-der-EU-bleiben-muss-und-was-nicht> (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>40</sup> *Bachmann*, Ingeborg (o.J.), Zitate, Internet: <https://www.zitate.eu/author/bachmann-ingeborg-dr/zitate?page=1> (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>41</sup> *Kohl*, Helmut (2014), *Aus Sorge um Europa: Ein Appell*, München: Droemer, 14.

auch unser Parlament. Zahlreiche Bürgeranfragen, die mich als EU-Parlamentarier erreichen, spiegeln dies wider. Und es ist auch vollkommen verständlich, dass sich viele in Anbetracht krisenhafter Meldungen, die uns beinahe täglich erreichen, zu oft machtlos, fast „schleichend depressiv“<sup>42</sup> fühlen und verärgert sind. Gerade transnationale Gebilde wie die EU müssten doch eher den Herausforderungen gewachsen sein, die über Bürgerinnen und Bürger hinwegwachsen? Doch es scheint manchmal, als stoße die EU selbst, als den Mitgliedstaaten entwachsene Organisation, an ihre Grenzen. Es kann somit nicht verwundern, dass viele die EU und damit die gesamte europäische Demokratie seit Jahren in einer Krise wähen. Und auch ich selbst stelle mir die Frage: Ist unsere europäische Demokratie in Gefahr? Wenn ja, warum? Was ist zu tun?

Die Möglichkeiten, komplexe Zusammenhänge wie die soeben angesprochenen zu beeinflussen, sind auch für einzelne Politiker begrenzt. Doch ich möchte es mir nicht „leicht“ machen angesichts der Spannungen, die es weltweit, aber auch in der EU und ihren Mitgliedstaaten gibt, und die wir alle wahrnehmen. Ich begreife meine Rolle als Politiker vor allem als eine den Bürgerinnen und Bürgern und der Zukunft verantwortliche. Ich bin davon überzeugt, dass die Zukunft aller Mitgliedstaaten der EU engstens mit der Zukunft Europas und der Rolle in der Welt verbunden ist. Dies gilt wegen seiner Geschichte, geopolitischen Lage und Exportabhängigkeit vor allem für Österreich. „Europa als politische Einheit wird es nur geeint oder gar nicht geben“, so der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, in seiner Rede bei der Feier am 25. März 2017 anlässlich des 60. Jahrestages der Römischen Verträge in Rom.<sup>43</sup> Davor, am 21. März 2017, hatte der Schriftsteller und Preisträger des Deutschen Buchpreises 2017, Robert Menasse, bei den Jahrestags-Feierlichkeiten, die das Europäische Parlament in Brüssel organisierte, den Widerspruch zwischen dem aufkeimenden Nationalismus in Europa und dem Gründungsziel aufgezeigt. Er zitierte aus diesem Anlass Hallstein: „Was immer wir in den neu geschaffenen europäischen Institutionen beschließen und durchzusetzen versuchen, Ziel ist und bleibt die Organisation eines nachnationalen Europas.“<sup>44</sup> Auch rief Menasse Stefan Zweig in Erinnerung, der bereits

---

<sup>42</sup> Corti, Cecily (2017), Alles Leben ist Begegnung, in: *Mittendrin: Aktuelles aus der VinziRast-Familie*, Internet: [https://www.vinzirast.at/fileadmin/user\\_upload/MITTENDRIN-Archiv/MITTENDRIN\\_2017\\_1\\_Alles\\_Leben\\_ist\\_Begegnung.pdf](https://www.vinzirast.at/fileadmin/user_upload/MITTENDRIN-Archiv/MITTENDRIN_2017_1_Alles_Leben_ist_Begegnung.pdf) (Zugriff: 11.10.2017).

<sup>43</sup> Tusk, Donald (2017), Rede, *Feier zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge*, 25.03.2017, Rom [abrufbar unter [http://www.consilium.europa.eu/press-releases.pdf/2017/3/47244656698\\_de.pdf](http://www.consilium.europa.eu/press-releases/pdf/2017/3/47244656698_de.pdf) (Zugriff: 11.10.2017)].

<sup>44</sup> Menasse, Robert (2017), Kritik der europäischen Vernunft, Rede, *Europäisches*

1913 schrieb: „Entweder wir ringen den Nationalismus nieder oder die europäische Zivilisation geht unter!“<sup>45</sup>

Ich sehe die Europäische Union ebenso als Antwort auf Nationalismus, Protektionismus und Populismus. Und sie sollte es auch bleiben. Doch die EU kann ihre Aufgaben nur im Rahmen einer funktionierenden europäischen Demokratie mit dem Europäischen Parlament als unermüdlich schlagender Herzkammer erfüllen. Man bedenke aber, dass die EU ein Projekt ist. Schon Robert Schuman stellte in seiner berühmten Erklärung am 9. Mai 1950 in Paris fest, dass sich Europa „nicht mit einem Schlage [...] und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung“ herstellen lässt, sondern durch „konkrete Tatsachen“ entstehen würde, die eine „Solidarität der Tat schaffen“.<sup>46</sup> Trifft diese Aussage auch heute noch zu, kann sich die EU und die europäische Demokratie, insbesondere in Anbetracht des krisenhaften Zustandes, in dem viele sie verorten, positiv weiterentwickeln? Kann das Europaparlament der Rolle als Bürgerkammer Europas überhaupt gerecht werden? Stößt es an seine Grenzen, oder kann es in dem ihm derzeit gegebenen Rahmen Chancen zur Stärkung seiner Position und damit der europäischen Demokratie nützen? Wäre gar eine grundlegende Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen erforderlich?

Diese Fragen treiben mich an. Und sie waren es, gepaart mit dem grundlegenden Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, dem Bewusstsein ob der derzeitigen Krisen sowie dem Wissen um die notwendige Diskussion über die Entwicklungen unserer Zeit, die mich weiterdenken, Lehraufträge annehmen, vermehrt publizieren ließen und schließlich den Nährboden für die vorliegende Arbeit lieferten. Ob die europäische Demokratie in Anbetracht der vielschichtigen Herausforderungen in Gefahr ist und welche Rolle dem Europäischen Parlament zukommt, beschäftigt mich. Daher wuchs in mir der Wunsch, genauer „hinzusehen“, Gespräche zu führen und mich näher mit den Fragen, die mich antreiben, auseinanderzusetzen. Die Wahl des Forschungsobjekts „Europäisches Parlament“ erklärt sich einerseits aus den Fragen, die ich mir stelle, somit aus einem persönlichen Interesse an dieser Institution, andererseits aber auch, und dies sei nicht verschwiegen, aus meinen beruflichen

---

*Parlament: „60 Jahre Römische Verträge“*, 21.03.2017, Brüssel (unveröffentlichtes Dokument).

<sup>45</sup> *Menasse, Robert* (2017), Kritik der europäischen Vernunft, Rede, *Europäisches Parlament: „60 Jahre Römische Verträge“*, 21.03.2017, Brüssel (unveröffentlichtes Dokument).

<sup>46</sup> *EU* (o.J.), Schuman-Erklärung: 9. Mai 1950, Internet: [https://europa.eu/european-union/about-eu/symbols/europe-day/schuman-declaration\\_de](https://europa.eu/european-union/about-eu/symbols/europe-day/schuman-declaration_de) (Zugriff: 11.10.2017).

Erfahrungen, die ich als Abgeordneter zum Nationalrat und Mitglied des Europäischen Parlaments sammeln durfte.

Trotz oder gerade wegen meiner Tätigkeiten in einem nationalen Parlament<sup>47</sup> und im Europäischen Parlament ist mir eine im Vergleich zu manch anderer/anderem Dissertantin/Dissertanten differenzierte Herangehensweise in der Auseinandersetzung mit den Fragen möglich, die sich aus der Themenstellung ergeben. Aus meiner Sicht geht es nämlich in allen Fragen um die Entwicklung, den Zustand, die Stärken und Schwächen sowie die Zukunft Europas und damit um unsere Zukunft. Diese Zukunft ist meiner Meinung nach engstens mit der Zukunft der offenen Gesellschaft und der europäischen Demokratie, der Stellung der Parlamente im Allgemeinen und der Rolle des Europäischen Parlaments im Besonderen verknüpft. Es gibt keine glaubwürdige Demokratie ohne starke, unabhängige, transparente, direkt gewählte Parlamente, die ihre Aufgaben als Bürgerkammern (in einer repräsentativen Demokratie)<sup>48</sup> wahrnehmen wollen und können. Dem Europäischen Parlament und einer funktionierenden Gewaltenteilung kommen eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen zu. Der Mangel an Wissen, Information und Kommunikation sowie die Grenzen des Unionsrechts und damit der Rolle des Europäischen Parlaments sind eine wesentliche Ursache für den Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust der Europäischen Union. Wer wie Hans Winkler meint, dass das Europäische Parlament überflüssig wird,<sup>49</sup> gibt der europäischen Demokratie, damit dem Projekt „Europäische Union“ und letztendlich dem Kontinent Europa in der Welt keine Chance.

Besonders bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei all jenen, die mich bei der vorliegenden Arbeit unterstützt und begleitet haben, die mir wissenschaftlichen Diskurs ermöglicht und Zugang zu Ressourcen gewährleistet haben. Allen voran sind hier meine Frau Christa und unser Sohn Gabriel, zu nennen, die stets moralische Stützen waren und viel Geduld mit mir hatten. Außerdem möchte ich mich bei emer. O. Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich und ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll für die exzellente Betreuung meiner Diplomarbeit und auch dieser Arbeit bedanken. Ohne ihre „Motivationsspritzen“ und Aufmunterungen wäre es dazu nicht

---

<sup>47</sup> Von 19.05.1983 bis 04.11.1990 war ich Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat.

<sup>48</sup> Vgl. auch Art. 10 EUV (VvL).

<sup>49</sup> Vgl. Winkler, Hans (04.10.2016), Was von der EU bleiben muss – und was nicht, in: *Die Presse*, Internet: <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/5095802/Was-von-der-EU-bleiben-muss-und-was-nicht> (Zugriff: 11.10.2017).

gekommen. Stellvertretend für alle, die den Zugang zu Daten ermöglichten, möchte ich namentlich Parlamentsvizedirektor Mag. Alexis Wintoniak danken. Ein Dank gilt auch allen Gesprächspartnerinnen und -partnern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinen Büros in Wien und Brüssel für ihren Einsatz bei den Recherchearbeiten, bei der kritischen Prüfung der Texte und der grafischen Gestaltung der Arbeit. Trotz der Unterstützung des gesamten Teams ist es aus Gründen der Redlichkeit richtig, Frau Lisa Müllner besonders zu danken. Ich habe von ihrer Liebe zur wissenschaftlichen Arbeit, ihrer Konsequenz bei der Prüfung der Fußnoten, ihrer Hartnäckigkeit, kritischen Prüfung jeder Zeile und ihrer Erfahrung, die sie sich als Studienassistentin erarbeitet hat, sehr profitiert. Danke Allen!

Wien, am 11. Oktober 2017

# Inhaltsverzeichnis

---

Vorwort .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX
Abbildungsverzeichnis .....	XXXVII
Tabellenverzeichnis .....	XLV
Literaturverzeichnis .....	LI
<b>1. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
1.1 Problemstellung und Forschungsgegenstand .....	1
1.2 Theoretische Grundlagen .....	11
1.3 Quellen und Methoden .....	21
1.4 Aufbau und Struktur.....	28
<b>2. Das Europäische Parlament als das Herzstück der europäischen Demokratie .....</b>	<b>29</b>
2.0 Allgemeines .....	29
2.1 Wahlen .....	52
2.1.1 Historische Entwicklung.....	53
2.1.2 Wahlverfahren und Wahlrechtsgrundsätze .....	57
2.1.3 Wahlbeteiligung.....	64
2.2 Zusammensetzung.....	72
2.2.1 Abgeordnete und Fraktionen .....	74
2.2.1.1 Abgeordnete .....	74
2.2.1.2 Fraktionen .....	77
2.2.2 Präsidium und Generalsekretariat .....	81
2.2.2.1 Präsidium .....	81
2.2.2.2 Generalsekretariat .....	84

2.2.3	Ausschüsse und Plenum.....	85
2.2.3.1	Ausschüsse.....	85
2.2.3.2	Plenum .....	89
2.3	Kernfunktionen .....	90
2.3.1	Gesetzgebung.....	90
2.3.2	Budget .....	105
2.3.3	Kontrolle.....	110
2.4.	Ausblick: Fallbeispiele.....	114
<b>3.</b>	<b>Grenzen der Mitbestimmung .....</b>	<b>117</b>
3.0	Allgemeines .....	117
3.1.	Finanzen und Wirtschaft.....	125
3.1.1	Ausgangslage und Einführung.....	127
3.1.1.1	1957–1991: Die Wirtschafts- und Währungsunion wird thematisiert .....	127
3.1.1.2	1992–2002: Die gemeinsame Währung wird Wirklichkeit .....	132
3.1.1.3	2003–2008: Von der Euro-Einführung bis zur Finanzkrise.....	136
3.1.1.4	Zwischenresümee für die Zeit vor 2008 .....	139
3.1.2	Bewältigungsversuche.....	143
3.1.2.1	Das Europäische Parlament und die „Finanzkrise“ .....	144
3.1.2.2	Finanzpolitische Maßnahmen: Die Bankenunion .....	149
3.1.2.2.1	Die Schaffung der Aufsichtsbehörden.....	150
3.1.2.2.2	Erste Säule: Bankenaufsicht.....	160
3.1.2.2.3	Zweite Säule: Bankenabwicklung.....	165
3.1.2.2.4	Dritte Säule: Einlagensicherung.....	170
3.1.2.3	Währungspolitische Maßnahmen: Euro-Rettungsschirm und Troika .....	174
3.1.2.3.1	Euro-Rettungsschirm.....	176
3.1.2.3.1.1	Europäischer Finanzstabilisierungs- mechanismus (EFSM).....	176
3.1.2.3.1.2	Europäische Finanzstabilisierungs- fazilität (EFSF) .....	178
3.1.2.3.1.3	Europäischer Stabilitäts- mechanismus (ESM) .....	179
3.1.2.3.2	Troika .....	188

3.1.2.4	Wirtschaftspolitische Maßnahmen: „Six-Pack“, Fiskalpakt, „Two-Pack“ und Europäisches Semester .....	191
3.1.2.4.1	„Six-Pack“ .....	191
3.1.2.4.2	Fiskalpakt.....	194
3.1.2.4.3	„Two-Pack“ .....	196
3.1.2.4.4	Europäisches Semester .....	198
3.1.2.5	Weitere Initiativen.....	198
3.1.2.5.1	Krisen-Berichte .....	199
3.1.2.5.2	Troika-Berichte .....	200
3.1.2.5.3	Präsidenten-Berichte.....	204
3.1.3	Analyse und Ausblick .....	206
3.2	Flucht und Migration .....	220
3.2.1	Ausgangslage.....	224
3.2.1.1	Definitionen .....	230
3.2.1.2	Ursachen .....	232
3.2.1.3	Rechtliche Rahmenbedingungen .....	234
3.2.1.3.1	Genfer Flüchtlingskonvention.....	234
3.2.1.3.2	EU-Kompetenzverteilung .....	236
3.2.1.3.2.1	1957–1996: Von der fehlenden Gemeinschaftskompetenz zur Schaffung der Säule Justiz und Innere .....	236
3.2.1.3.2.2	1997–2009: Beginn der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments.....	237
3.2.1.3.2.3	2009: Vertrag von Lissabon.....	240
3.2.1.3.3	Schengen-System.....	244
3.2.1.3.4	Dublin-System .....	247
3.2.1.3.5	GASP und Außengrenzschutz .....	251
3.2.1.4	Zwischenresümee für die Zeit vor 2015.....	254
3.2.2	Bewältigungsversuche .....	256
3.2.2.1	Das Europäische Parlament und die „Flüchtlingskrise“ .....	259
3.2.2.1.1	Migrationspolitische Maßnahmen .....	262
3.2.2.1.1.1	Reform des Dublin-Systems .....	262
3.2.2.1.1.2	Umsiedlung („Relocation“).....	264
3.2.2.1.1.3	Neuansiedlung („Resettlement“) .....	267
3.2.2.1.2	Außen- und sicherheitspolitische Maßnahmen.....	268
3.2.2.1.2.1	Außengrenzkontrollen .....	269
3.2.2.1.2.2	Türkei-Deal.....	271

3.2.2.1.2.3	Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika .....	274
3.2.3	Analyse und Ausblick .....	276
3.3	Grenzen der Mitwirkung.....	286
3.3.1	Gemeinsamkeiten .....	286
3.3.2	Unterschiede.....	288
3.3.3	Grenzen des EP und Zukunft .....	291
<b>4.</b>	<b>Einflussmöglichkeiten .....</b>	<b>293</b>
4.1	Einfluss auf die Europäische Kommission .....	294
4.1.1.	Spitzenkandidaten-Verfahren.....	296
4.1.1.1	Entwicklung.....	301
4.1.1.2	Nominierungsverfahren .....	307
4.1.1.3	Beurteilung durch die Spitzenkandidaten .....	312
4.1.1.4	Analyse und Ausblick .....	315
4.1.2	Ernennung und Rücktritt .....	319
4.1.2.1	Entwicklung: Ernennung .....	325
4.1.2.2	Entwicklung: Rücktritt .....	328
4.1.2.3	Ernennung der Kommissionspräsidenten .....	329
4.1.2.3.1	Präsident Santer.....	329
4.1.2.3.2	Präsident Prodi .....	333
4.1.2.3.3	Präsidenten Barroso und Juncker.....	336
4.1.2.4	Ernennung der Kommissare.....	338
4.1.2.5	Kommission Barroso I .....	338
4.1.2.6	Kommission Juncker .....	342
4.1.2.7	Rücktritt der Kommission .....	346
4.1.3	Analyse und Ausblick .....	354
4.2	Zusammenarbeit mit nationalen Parlamenten .....	357
4.2.1	Historischer Überblick .....	361
4.2.2	Möglichkeiten des EP.....	365
4.2.2.1	Konferenzen.....	369
4.2.2.1.1	Konferenz der Parlamentspräsidenten .....	370
4.2.2.1.2	Konferenz der Europaausschüsse (COSAC) .....	372
4.2.2.1.3	Interparlamentarische Konferenz für GASP und GSVP .....	374
4.2.2.1.4	Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung (Art. 13-Konferenz).....	376

4.2.2.2	Weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit ..	378
4.2.2.2.1	Interparlamentarische Ausschuss- sitzungen.....	378
4.2.2.2.2	Videokonferenzen.....	380
4.2.3	Möglichkeiten der nationalen Parlamente: Beispiel Österreich.....	380
4.2.3.1	Mitwirkung der Europaausschüsse .....	382
4.2.3.2	Subsidiaritätsprüfung.....	387
4.2.3.3	Rederecht .....	392
4.2.4	Analyse und Ausblick .....	398
<b>5.</b>	<b>Entwicklungspotential .....</b>	<b>407</b>
5.1	Initiativrecht.....	407
5.2	Kompetenzen .....	412
5.3	Wahlrecht und Parteien.....	418
5.3.1	Wahlrecht.....	418
5.3.2	Parteien .....	423
5.4	Verfassung .....	435
<b>6.</b>	<b>Schlussfolgerungen und Ausblick .....</b>	<b>443</b>
6.1	Allgemeine Feststellungen .....	443
6.2	Analysen der Thesen .....	449
6.3	Ausblick .....	456
<b>Anhang</b>	<b>.....</b>	<b>465</b>
	Dokumentation .....	467
	Qualitative Forschung.....	467
	Quantitative Forschung .....	549
	Abstract – Deutsch .....	576
	Abstract – English .....	577
	Curriculum Vitae.....	579